



Bauernverband Aargau

Bauernverband Aargau

Im Roos 5, 5630 Muri

Tel. 056 460 50 50

Fax 056 460 50 54

info@bvaargau.ch

www.bvaargau.ch

BVA Versicherungen

056 460 50 40

BVA Treuhand

056 460 50 55

Standesvertretung

Anhörung zur Leistungsanalyse

2013

Fragebogen

Leistungsanalyse; Anhörung

Organisation:	Bauernverband Aargau
Kontaktperson:	Ralf Bucher
Kontaktadresse:	Im Roos 5
Telefon / E-Mail:	056 460 50 51 / ralf.bucher@bvaargau.ch
Datum:	18.12.2013

Sehr geehrte Anhörungsteilnehmende

Der vorliegende Fragebogen erleichtert die Möglichkeit, zu den Massnahmen der Leistungsanalyse Stellung zu nehmen.

Den Fragebogen und alle Unterlagen zur Anhörung finden Sie auf der Homepage des Kantons (www.ag.ch/vernehmlassungen).
Sie erleichtern uns die Arbeit, wenn Sie den Fragebogen elektronisch ausfüllen und zurücksenden.

Bitte senden Sie den ausgefüllten Fragebogen bis zum **14. Februar 2014** an folgende Adresse:

Yvonne Kaufmann
Projektleiterin Leistungsanalyse
Regierungsgebäude
5001 Aarau
yvonne.kaufmann@ag.ch
Tel.: 062 835 12 14

Für Ihre Mitwirkung danken wir Ihnen bestens.

Aarau, 6. November 2013
Staatskanzlei

2. Fragen zu den einzelnen Massnahmen

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
120-01	Verzicht auf die Zustellung der Post an die Grossratsmitglieder	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
210-11	Verzicht Abgeltung für kriminalpolizeiliche Tätigkeiten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
240-01	Anpassung Aufsicht über die kommunalen Finanzen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
240-02	Erhöhung Kostendeckungsgrad Einwohner- und Objektregisterdatenplattform	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
250-01	Erhöhung Kostendeckungsrad Strafverfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
250-02	Verrechnung der staatsanwaltschaftlichen Leistungen an die verurteilte Person (Anklagegebühr)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
310-01	Optimierung des Case Management Lehrpersonen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
310-02	Abschaffung der Einschulungsklassen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
310-03	Abschaffung des Werkjahrs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
310-04	Abschaffung des Berufswahljahrs	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
310-10	Erhöhung Schülerzahlen an Primarschule	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
320-01	Leistungsreduktion Lehrpersonenberatung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
320-02	Kostenpflicht Laufbahnberatung Erwachsene	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
320-03	Einführung Kostenbeteiligung Freifach Instrumentalunterricht	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
340-02	Abbau Leistungsbereich Bildung Naturama	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
340-03	Finanzierung wissenschaftliche Auswertungen Kantonsarchäologie über den Swisslos-Fonds	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
420-01	Optimierung des Case Management	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
533-01	Aufhebung der Pilzkontrolle	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
535-01	Totalrevision EG KVG	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Bei der Totalrevision soll der Vermögensanteil des anrechenbaren Einkommens überprüft werden, da dies bei Bauernbetrieben als Einzelunternehmen zum Stolperstein wird, weil das im Betrieb investierte Kapital als Vermögen gilt, dies aber grundsätzlich auch der Vorsorge entspricht. Bei Arbeitnehmenden wird dieser Teil nicht dem Vermögen zugerechnet. Diese Ungleichbehandlung soll aus dem Weg geräumt werden.
540-01	Einführung einer Verwaltungsentschädigung bei den Ersatzbeiträgen im Bereich Schutzraumprojekte	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
545-01	Erhöhung Vermögensverzehr bei Altersrentner/innen im Heim	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
605-01	Verrechnung von Anfragen für die Behandlung von Baugesuchen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Die Landwirtschaft ist davon stark betroffen (ca. 50 % oder 600 Anfragen pro Jahr). Die Anfragen sind meist komplex und daher ist der Bedarf nach einem Anfragegesuch gross. Es besteht die Gefahr, dass dadurch weniger Anfragegesuche eingereicht werden und dies dann vermehrt zu Folgeproblemen bei der Baueingabe führt. Unter dem Strich wäre dies keine Einsparung, beziehungsweise würde die geplante Ertragssteigerung wieder zunichte gemacht, da die verwaltungsgerichtlichen Verfahren nicht kostendeckend sind.
605-02	Verrechnung des kantonalen Aufwands für Vernehmlassungen des Bundes in Plan-genehmigungsverfahren	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
605-03	Erhöhung Gebühren für Entscheide (Bau-bewilligungen)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
615-01	Reduktion Mittel zur Energieförderung 2014-2015	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
615-02	Reduktion Jahrestranche Grosskredite "Förderprogramm Energie"	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
620-01	Verzicht auf Auszahlung von Kantonsbei-trägen an Generelle Entwässerungspla-nungen (GEP)	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
620-02	Verzicht auf die Gebührenbefreiung des Wärmeentzugs aus Grundwasser	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
620-03	Verzicht auf Reduktion der Grundwas-sernutzungsgebühr für Körperschaften	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
625-01	Beteiligung der Gemeinden an Bewirtschaftungsverträgen in kantonalen Vorranggebieten	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<p>Vorab möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass mit der neuen Finanzierung des Bundes im Rahmen der neuen Agrarpolitik 14-17 die Kantone entlastet werden. Denn neu beteiligt sich der Bund mit 90 % (vorher 80 %) an der Vernetzung und zu 100 % an der Ökoqualität (vorher 80 %). Die AP 14-17 des Bundes ist explizit ausgerichtet auf die Ökoqualität, Vernetzung und die Landschaftsqualität. Es ist viel zu aufwendig und kompliziert, die Co-Finanzierung durch die Gemeinden sicherzustellen. Zudem wären dadurch Landgemeinden überproportional betroffen und die Landwirte würden nicht gleich behandelt, d.h. die eine Gemeinde bezahlt und die andere nicht. Es kann nicht sein, dass die Landgemeinden sich an Fördermassnahmen für die Landschaftsqualität beteiligen müssen, um den Agglomerationen einen schönen Erholungsraum zu bieten. Viel fairer wäre es deshalb, wenn dies vom Kanton finanziert wird, da sich dann diejenigen, die sich im ländlichen Raum erholen, ebenfalls im gleichen Masse beteiligen müssen.</p> <p>Die Mehrkosten sind bei verschiedenen ökologischen Massnahmen im Baudepartement zu sparen, da diese weniger wirkungsvoll und teurer sind (weniger Bundesmittel).</p> <p>Siehe dazu auch separates Schreiben an den Gesamtregierungsrat.</p>
625-03	Bisher kostenlose Dienstleistungen Hydrometrie neu kostendeckend verrechnen	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	

4. Stimmen Sie der vorgeschlagenen Massnahme zu? (vgl. Beilage zum Anhörungsbericht)							
Nr.	Massnahme	ja	eher ja	eher nein	nein	keine Angabe	Bemerkungen/Begründung:
625-04	Gebührenerhöhung für die Nutzung und Inanspruchnahme der öffentlichen Oberflächengewässer	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Eine Erhöhung von Fr. 50.– pro l/s für die landwirtschaftliche Nutzung auf Fr. 75.- entspricht einer Erhöhung um 50 %. Dies ist nicht tragbar für Betriebe, die auf diese Wassernutzung angewiesen sind.
625-05	Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf 75 %	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
625-06	Erhöhung Gemeindeanteil Wasserbau auf einen Einheitssatz von 60%	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
625-07	Befristete Mitfinanzierung von Hochwasserschutzprojekten durch die Aarg. Gebäudeversicherung	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
625-16	Reduktion Gewässerrevitalisierung	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Gewässerrevitalisierungen benötigen viel Kulturland und sind deshalb wenig sinnvoll. Mit der Umsetzung des neuen Gewässerschutzgesetzes und dem Ausscheiden der Gewässerräume erhalten die Gewässer sowieso mehr Platz. Eine zusätzliche Revitalisierung ist nicht nötig. Hier muss zwingend noch mehr gespart werden.
635-02	Verzicht finanzielle Beteiligung Kommunaler Gesamtplan Verkehr	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
645-01	Reduktion Beiträge Forstreviere	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	
645-02	Reduktion Ziele Naturschutzprogramm Wald 4. Etappe	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	Der BVA hat im Rahmen der Vernehmlassung bereits kundgetan, dass er für eine quantitative Reduktion der Naturschutzflächen im Wald ist. Die Reduktionen sind sinnvoll und verkräftbar.

3. Weitere Massnahmen

5. Haben Sie weitere / andere Massnahmenvorschläge?
1. Ja, siehe dazu Brief an den Gesamtregierungsrat.
2. Massnahme 625-10 "Zurückstellen von Auenprojekten" um Fr. 200'000.- erhöhen.
3. Massnahme 625-16 "Reduktion Gewässerrevitalisierung" erhöhen um 1 - 1.5 Mio.
4. Massnahme 645Z004, Keine Aufwertungsprojekte, Kürzung um Fr. 300'000.-
5.
6.
7.
8.
9.
10.

4. Weitere Bemerkungen

6. Weitere Bemerkungen / Kommentare Leistungsanalyse
<p>Wir verweisen auch auf den Brief an den Gesamtregierungsrat.</p> <p>Sehr geehrte Frau Regierungsrätin, sehr geehrte Herren Regierungsräte</p> <p>Der Vorstand des Bauernverbandes Aargau (BVA) hat sich intensiv mit der Leistungsanalyse befasst und die Auswirkungen auf die Aargauer Landwirtschaft analysiert. In diesem Zusammenhang wurden mit der Interpellation GR. 13.258-1 auch verschiedene Fragen gestellt. Wir gelangen zusätzlich mit einem Schreiben an den Gesamtregierungsrat, da die Landwirtschaft praktisch ausschliesslich von den Entscheiden auf Verordnungsebene und somit im Kompetenzbereich des Regierungsrates betroffen ist.</p> <p>Vorab möchten wir Sie darauf aufmerksam machen, dass mit der neuen Finanzierung des Bundes im Rahmen der neuen Agrarpolitik 14-17 die Kantone entlastet werden. Denn neu beteiligt sich der Bund mit 90 % (vorher 80 %) an der Vernetzung und zu 100 % an der Ökoqualität (vorher 80 %).</p> <p>Einleitende Bemerkungen</p> <p>Grundsätzlich möchten wir festhalten, dass die Aargauer Landwirtschaft mit der neuen Agrarpolitik extrem gefordert ist. Unsere Bäuerinnen und Bauern können sich noch so bemühen, die Direktzahlungen werden im Aargau teilweise massiv zurückgehen. Der Hauptgrund liegt darin, dass mit der neuen Agrarpolitik das Berggebiet gestärkt wird und der Aargau als Tal- und Hügelkanton deshalb verliert. Wir schätzen den Ausfall im Aargau auf 8 bis 25 Millionen Franken. Verteilt auf die Betriebe im Aargau macht dies durchschnittlich zwischen Fr. 3'000.- und Fr. 9'000.- weniger Direktzahlungen bei gleichbleibenden Leistungen aus, wobei gerade intensiv geführte Betriebe überproportional betroffen wären.</p> <p>An den von verschiedenen Organisationen durchgeführten fünf Informationsveranstaltungen zur Agrarpolitik 2014-2017 nahmen 1'500 Bäuerinnen und Bauern teil, was über die Hälfte der Direktzahlungsberechtigten Betrieben entspricht. Dies verdeutlicht das Interesse und auch die Unsicherheit in diesem Bereich. Ein klares Signal vom Regierungsrat für die Landwirtschaft würden wir deshalb sehr begrüßen.</p> <p>Auch der Bauernverband Aargau ist der Ansicht, dass der Staatshaushalt im Gleichgewicht bleiben muss. Auch die Landwirtschaft ist bereit, einen Sparbeitrag zu leisten. Was aber im Moment vorgeschlagen ist, geht zu weit. Zu weit insbesondere deshalb, weil die Landwirtschaft überproportional von den Sparbemühungen betroffen wäre (20 % des Sachaufwandes von Landwirtschaft Aargau, zusätzlich 5% Stellenabbau). Dies in einer Zeit, wo zusätzliche Ausfälle durch die Agrarpolitik bevorstehen und dringend eine Co-Finanzierung sichergestellt werden muss, um die vom Bund vorgeschlagenen Massnahmen wie Vernetzung der Ökoflächen und die Landschaftsqualitätsbeiträge überhaupt umzusetzen und die vorgesehenen Beiträge auszulösen.</p>

Bei beiden Massnahmen geht es um eine Hebelwirkung von 1:9. Das heisst, der Aargau löst mit 1. Million rund 9 Millionen Franken aus. Alle anderen Kantone haben die Budgets in diesen Bereichen aufgestockt, der Aargauer Regierungsrat will sie senken. Dies obwohl diese Massnahme kostenneutral wäre. Denn die total 10 Millionen werden ja im Aargau wieder investiert und versteuert, was mit Sicherheit die ausgegebene Million wieder in die Staatskasse zurückfliessen lässt. Zudem profitiert ja auch die Biodiversität davon. Investitionen für die Biodiversität in der Landwirtschaft sind um ein mehrfaches günstiger und effizienter, da wie erwähnt bis zu 90 % vom Bund übernommen wird.

Wir möchten jedoch betonen, dass wir eine produzierende Landwirtschaft wollen und deshalb die Mittel insbesondere dafür sehen, dass bestehende Ökoflächen aufgewertet und vernetzt und nicht im Übermass neue Ökoflächen geschaffen werden.

Weiter sind einmal mehr auch Kürzungen bei den Fördermassnahmen im Bereich der Grundlagen- und Strukturverbesserungsprojekte vorgesehen. Dies ist unverständlich, weil gerade im neuen Landwirtschaftsgesetz des Kantons Aargau diese Massnahme während der Debatte immer wieder hervorgehoben wurde. Der Aargau hat noch verschiedene Gebiete mit grossem Handlungsbedarf. Die dafür vorgesehenen finanziellen Mittel reichen bei weitem nicht. Auch hier besteht eine Hebelwirkung von rund 1:3. Da die Kosten für diese Projekte insbesondere auch Kosten für den Bau und Unterhalt von Flur- und Güterstrassen sind, würde es allenfalls Sinn machen zu prüfen, ob diese Kosten nicht durch die Strassenkasse finanziert werden könnten. Dies insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Strassenkasse mit aktuell rund 200 Millionen einen sehr hohen Bestand ausweist.

Weiter möchte der Regierungsrat mit den marginalen Einsparungen der Massnahme 440-15 die vier bestehenden Nitratprojekte beenden. Bislang hat sich auch hier der Kanton nur mit einem Achtel beteiligen müssen. Zwingend bei diesen Projekten nach Art. 62 des GschG ist aber, dass sich der Kanton beteiligt. Mit dem Wegfall würden die jahrelangen Bemühungen um gesundes Trinkwasser zu Nichte gemacht, da die Gemeinden dies alleine gar nicht finanzieren könnten und auch nicht dürften, wenn sich der Kanton wie vorgesehen zurückzieht.

Weil die Landwirtschaft vorwiegend vom Bund gesteuert und auch finanziert wird, hat der Aargau mit weniger als 12 Millionen ein kleines Budget zur Verfügung. Somit sind auch Einsparungen im grösseren Stil gar nicht möglich. Alles in allem plant der Regierungsrat im Bereich Landwirtschaft Einsparungen von rund 800'000 Franken im 2015 und 2.5 Millionen Franken im 2018. Wir sind bereit, Einsparungen, welche Sinn machen, umzusetzen.

Wir sehen die Nötigkeit der Leistungsanalyse und des Sparprogramms und schlagen deshalb vor, die Mindereinsparungen durch andere Massnahmen zu kompensieren. Hierzu verweisen wir auf die vorgeschlagenen Massnahmen. Dazu folgende Bemerkungen:

Gewässerrevitalisierungen und Auenschutzprojekte benötigen viel Kulturland und sind deshalb wenig sinnvoll. Mit der Umsetzung des neuen Gewässerschutzgesetzes und dem Ausscheiden der Gewässerräume erhalten die Gewässer sowieso mehr Platz. Eine zusätzliche Revitalisierung ist nicht nötig. Hier muss deshalb zwingend noch mehr gespart werden. Mit der Agrarreform wird die Landwirtschaft und damit auch der Lebensraum vieler Tiere zusätzlich ökologisch aufgewertet und dies mit einer Co-Finanzierung durch den Bund von 90 %. Aus finanzpolitischen wie auch aus ökologischen Überlegungen machen deshalb unsere Vorschläge Sinn.

Wir freuen uns, wenn Sie diese Punkte prüfen und stehen für Fragen gerne zur Verfügung.